

# Berlin-Brandenburg-BUS 2002

## Politische Einstellungen in der Region Berlin - Brandenburg

Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft,  
des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin und forsa  
am 10. Juli 2002

---

**Oskar Niedermayer/Richard Stöss**  
**Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften**  
**Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)**  
**Uhnenstr. 26, 14195 Berlin**  
**Tel. (030) 838-54959, Fax (030) 838-54960**  
**E-Mail: [niederm@zedat.fu-berlin.de](mailto:niederm@zedat.fu-berlin.de)**  
**[rstoess@zedat.fu-berlin.de](mailto:rstoess@zedat.fu-berlin.de)**  
**Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm>**

## Schlagzeilen

- ▶ Die Berliner stufen sich selbst weiter links ein als die Brandenburger. Ost-Berlin bildet die linke Hochburg in der Region.
- ▶ In Berlin befürworten 84 Prozent der Befragten die Idee der Demokratie, in Brandenburg sind es nur 69 Prozent. Von den 14-17jährigen sprechen sich in Berlin nur 60 Prozent, in Brandenburg sogar nur 56 Prozent für die Idee der Demokratie aus.
- ▶ In Berlin sind 37 Prozent, in Brandenburg nur 26 Prozent mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.
- ▶ 48 Prozent der Berliner und 65 Prozent der Brandenburger bewerten die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik als eher ungerecht.
- ▶ 16 Prozent der Berliner und 29 Prozent der Brandenburger verfügen über ein traditionalistisch-sozialistisches Weltbild.
- ▶ Rechtsextrem eingestellt sind 10 Prozent der Berliner und 24 Prozent der Brandenburger.
- ▶ In der Region Berlin-Brandenburg überschneiden sich Rechtsextremismus und traditionalistischer Sozialismus in bemerkenswertem Umfang. So neigen beispielsweise 41 Prozent der Rechtsextremen zu traditionssozialistischem Denken. Die gemeinsame Schnittmenge zwischen Rechtsextremismus und Traditionsozialismus beträgt in Berlin 2 Prozent, in Brandenburg immerhin 12 Prozent.
- ▶ Bei Wahlen orientieren sich die Traditionsozialisten in Berlin gleichermaßen an der SPD und an der PDS, im weiteren dann auch an den Bündnisgrünen. In Brandenburg wollen sie wesentlich häufiger für die SPD stimmen als für die PDS.
- ▶ Rechtsextreme präferieren vor allem die beiden großen Volksparteien, in Berlin eher die CDU, in Brandenburg eher die SPD. Die rechtsextremen Parteien verfügen gegenwärtig über keinen messbaren Wähleranhang.
- ▶ Allerdings bestehen deutliche Sympathien für rechtsextreme Parteien. In Berlin könnten sich 7 Prozent, in Brandenburg 6 Prozent der Befragten vorstellen, auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen. Der "Schill-Partei", die wir nicht dem Rechtsextremismus zuordnen, würden eventuell 11 Prozent der Berliner und 9 Prozent der Brandenburger einmal ihre Stimme geben.
- ▶ Die Bevölkerung in der Region ist mit der politischen und wirtschaftlich-sozialen Ordnung sehr unzufrieden. Daraus entsteht erhebliche Systemkritik von links und rechts. Die Desintegrationserscheinungen nehmen von Berlin-West über Berlin-Ost und die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs bis in die märkische Peripherie zu. Dort sind auch die Vorbehalte gegenüber einer Länderfusion am größten.

## Einführung

Seit 1995 haben wir in Berlin (1995, 1997) und in den Ländern Berlin und Brandenburg (2000, 2002) vier empirische Untersuchungen über politische Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensabsichten durchgeführt. Das Projekt wird von der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft finanziell unterstützt. Die Datenerhebung erfolgt durch die Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa) mittels Telefonbefragung.

Da jede Untersuchung durch einen speziellen Schwerpunkt gekennzeichnet ist, konnten (und sollten) nicht immer wieder dieselben Fragen gestellt werden. Wir verfügen daher nur in einzelnen Fällen über Ergebnisse für alle vier Befragungszeitpunkte.

In diesem Papier stellen wir ausgewählte Befunde zu grundlegenden politischen Einstellungen und zu Wahlabsichten in beiden Teilen Berlins sowie in den Berlin-nahen Teilen Brandenburgs und in der brandenburgischen Peripherie dar (siehe dazu Seite 5). Dabei ließen wir uns von der Frage leiten, **wie homogen bzw. heterogen die Mentalitäten der Bevölkerung in der Region sind und wie sich vorhandene Unterschiede verteilen**. Wo ist die Übereinstimmung am größten: in Berlin, in Brandenburg oder in den ehemaligen Gebieten der DDR? Wo bestehen die größten Unterschiede: eher zwischen Berlin und Brandenburg oder eher zwischen den früher zur DDR gehörenden Gebieten und West-Berlin? Oder ist die Region insgesamt eher durch einen Konsens in wichtigen politischen Einstellungsdimensionen geprägt? Von einem **Ost-West-Konflikt** sprechen wir, wenn die Unterschiede zwischen West-Berlin und den übrigen drei Untersuchungsgebieten (gemessen an den Prozentpunktdifferenzen) größer sind als zwischen Berlin und Brandenburg. Von einem **Berlin-Brandenburg-Konflikt** sprechen wir, wenn die Unterschiede innerhalb eines Landes geringer sind als die zwischen beiden Ländern.

Mit diesen Fragen zielen wir auf die **Chancen einer Länderfusion**: Wächst von unten zusammen, was zusammen gehört, oder mangelt es in der Region (noch) an den mentalen Integrationsvoraussetzungen für die staatliche Einheit?

## Inhalt

Angaben zu den Umfragen .....	4
Benutzungshinweise .....	5
Links-Rechts-Selbsteinstufung.....	6
Demokratie I: Befürwortung der Idee der Demokratie .....	10
Demokratie II: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik .....	12
Die Beurteilung der Gesellschaftsordnung .....	15
Traditionalistischer Sozialismus .....	17
Rechtsextremismus .....	20
Traditionalistischer Sozialismus und Rechtsextremismus im Vergleich .....	23
Bilanz.....	28

## Angaben zu den Umfragen

Berlin-BUS: 1995, 1997

Berlin-Brandenburg-BUS: 2000, 2002

Projektleiter: Prof. Dr. Oskar Niedermayer, PD Dr. Richard Stöss  
Finanzierung: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft  
Datenerhebung: Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa)  
(Telefonbefragung)

### Umfrage 1995:

Befragungszeitraum: 12.-21.10.1995

Stichprobe: Repräsentative Stichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung in Berlin. Befragte insgesamt: 2018.

### Umfrage 1997:

Befragungszeitraum: Erste Märzhälfte 1997.

Stichprobe: Repräsentative Stichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung in Berlin. Befragte insgesamt: 993.

### Umfrage 2000:

Befragungszeitraum: Mai/Juni 2000

Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1992 (darunter 1850 Wahlberechtigte).

### Umfrage 2002:

Befragungszeitraum: 19.3.-3.5.2002

Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1995 (darunter 1906 Wahlberechtigte).

## Benutzungshinweise

### Zur Grundgesamtheit:

Normalerweise beziehen sich die Prozentangaben auf die **wahlberechtigte Bevölkerung** in der Region, also auf (wahlberechtigte) Personen, die 18 Jahre und älter sind. Da sich rechtsextreme und traditionalistisch-sozialistische Einstellungen besonders häufig unter jüngeren Leuten finden, bezieht sich eine Tabelle (15) auch auf die **Bevölkerung ab 14 Jahren**.

### Zu den Untersuchungsgebieten:

In den Umfragen 2000 und 2002 werden beide Länder nach speziellen Gebieten aufgeteilt: Für **Berlin** unterscheiden wir zwischen dem **Ostteil** und dem **Westteil** der Stadt. Für Brandenburg unterscheiden wir zwischen dem **"Engeren Verflechtungsraum" (EVR)** und dem **"Äußeren Entwicklungsraum" (ÄER)**. Dabei handelt es sich um raumordnerische Einteilungen des "Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Berlin/Brandenburg". Der EVR vereinigt die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs. Er ist räumlich umfassender als der so genannte "Speckgürtel", womit zumeist nur die Teile Brandenburgs innerhalb des Autobahnringes um Berlin gemeint sind. Der ÄER umfasst folglich die übrigen, Berlin-fernen Teile Brandenburgs, in denen rund zwei Drittel der Einwohner des Landes leben.

Darüber hinaus vergleichen wir auch die drei Gebiete, die früher zur DDR gehörten, mit dem Gebiet Berlin-West. Dafür verwenden wir die Bezeichnung **Ost-West-Vergleich**. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im "Osten" mittlerweile viele "Wessis" leben. Gleichwohl besteht in Teilbereichen der politischen Einstellungen nach wie vor ein **Ost-West-Gegensatz**.

### Zu den Begriffspaaren "Wahlabsicht - Wähler" und "Wahlbereitschaft - Sympathisanten":

Normalerweise wird die **Wahlabsicht** durch die "Sonntagsfrage" ermittelt: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen (Landtagswahlen) wären?" Die Befragten, die eine Partei genannt haben, werden als **Wähler** bezeichnet. Die Befragten, die sich an der Wahl beteiligen wollen aber noch unentschieden sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden, nennen wir **Unentschiedene**.

Da sich viele Personen nicht zur Wahl einer Randpartei bekennen wollen, wurde auch nach der **Wahlbereitschaft** gefragt. Diese Frage ist allgemeiner gehalten: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die XY-Partei zu wählen?" Die Personen, die diese Frage mit "ja" beantwortet haben, bezeichnen wir als **Sympathisanten**.

## Links-Rechts-Selbsteinstufung

Rund die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung in der Region stuft sich selbst in der linken Mitte ein (Tabelle 1). Das gilt 2002 für 51 Prozent der Berliner und für 59 Prozent der Brandenburger. Seit 1995 sind dabei keine nennenswerten Veränderungen eingetreten.

Interessanter ist die Gruppe, die sich selbst als links bezeichnet. In Berlin sind das gegenwärtig 30 Prozent, in Brandenburg 24 Prozent. Dabei bestehen erhebliche regionale Unterschiede: Die Skala reicht von 37 Prozent in Ost-Berlin über 28 Prozent im EVR Brandenburgs und 26 Prozent in West-Berlin bis 22 Prozent im ÄER Brandenburgs. Dabei handelt es sich um ein beachtliches Gefälle, das quer zum Ost-West-Konflikt und zum Berlin-Brandenburg-Konflikt liegt und eher regionalen Besonderheiten folgt, wobei der **größte Unterschied zwischen beiden Teilen Berlins** besteht.

Seit 1995 ist das linke Potenzial in beiden Hälften Berlins sogar noch um jeweils vier Prozentpunkte gewachsen, nämlich in West-Berlin von 22 Prozent auf 26 Prozent und in Ost-Berlin von 33 Prozent auf 37 Prozent (für Brandenburg liegen keine Vergleichszahlen vor).

**Jedenfalls sind die Berliner linker orientiert als die Brandenburger, wobei der Ostteil Berlins die linke Hochburg in der Region bildet. Ein Pendant auf der Gegenseite existiert nicht.** Im Schnitt ordnen sich heute gerade einmal 5 Prozent der Befragten rechts ein, wobei kaum regionale Unterschiede bestehen.

Das linke Lager wählt in Berlin zu je einem Drittel SPD und PDS, und weitere 12 Prozent präferieren die Bündnisgrünen (Tabelle 2). **In Brandenburg neigt die Linke deutlich stärker zur SPD (42%) als zur PDS (30%).**

**Die linke Mitte** (mit 50% der Wahlberechtigten das größte Stimmenreservoir) **bevorzugt** in Berlin bzw. Brandenburg zu 38 bzw. 41 Prozent **die SPD**, die CDU wollen derzeit nur 14 bzw. 19 Prozent wählen. Allerdings ist der hohe Anteil von Nichtwählern und Unentschiedenen (insgesamt jeweils 26%) zu beachten, der auch für die Union eine Mobilisierungsreserve darstellen dürfte.

**Die rechte Mitte und die Rechten bilden die Domäne der CDU**, in Berlin noch eher als in Brandenburg, wo die SPD immerhin zu knapp 30 Prozent von der rechten Mitte profitiert. Die Rechten neigt in Brandenburg mit 15 Prozent den sonstigen Parteien zu, was den Rechtsextremen oder der "Schillpartei" zugute kommen könnte. In Berlin ist die Zuneigung der Rechten zu sonstigen Parteien kaum messbar. Allerdings war ein Fünftel der Rechten zum Befragungszeitpunkt unentschieden. Extrem rechte Parteien verfügen in der Region also über ein gewisses Mobilisierungspotenzial.

Wenn wir die Perspektive wechseln und danach fragen, **wie sich die Wähler der Parteien auf der Links-Rechts-Skala einstufen**, dann ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 3): Die PDS-Wählerschaft wird klar von der Linken dominiert, allerdings mit einem deutlichen Berlin-Brandenburg-Gefälle (73% zu 55%). Bei den Berliner Bündnisgrünen stufen sich etwa die Hälfte der Wähler links ein, und bei den Sozialdemokraten in der Hauptstadt sind es 31 Prozent. Wie die PDS weist auch die CDU ein Ländergefälle auf: Die Wähler der märkischen Union rechnen sich zu 69 Prozent der Linken bzw. der linken Mitte zu, die der Berliner CDU tun das nur zu 48 Prozent.

<b>Tabelle 1: Links-Rechts-Selbsteinstufung in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 1995, 1997 und 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
<b>Links</b>						
1995	26	22	33	*	*	*
1997	24	21	31	*	*	*
2002	30	26	37	24	28	22
<b>Mitte/Links</b>						
1995	50	50	52	*	*	*
1997	55	55	56	*	*	*
2002	51	53	48	59	55	61
<b>Mitte/Rechts</b>						
1995	17	20	11	*	*	*
1997	14	16	8	*	*	*
2002	14	15	11	12	12	12
<b>Rechts</b>						
1995	7	8	4	*	*	*
1997	7	8	5	*	*	*
2002	5	6	4	5	5	5

Wahlberechtigte Bevölkerung, Oktober 1995: n=2018; März 1997: n=993, März/April 2002: n=1906;  
 Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

\* Keine Angabe verfügbar.

<b>Tabelle 2: Die Wahlabsicht<sup>a)</sup> der Befragten, die sich links, mitte-links (M/L), mitte-rechts (M/R) oder rechts einstufen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>								
	Berlin				Brandenburg			
	Links	M/L	M/R	Rechts	Links	M/L	M/R	Rechts
CDU	4	14	49	49	11	19	32	46
SPD	34	38	18	14	42	41	29	20
FDP <sup>b)</sup>	*2	8	8	*4	-	-	-	-
B90/G <sup>b)</sup>	12	8	4	*2	-	-	-	-
PDS	32	6	4	*1	30	8	10	*7
Sonstige	*0	*0	*2	*2	3	6	16	15
Nichtw.	6	10	5	*8	4	11	*3	*2
Unent.	10	16	10	20	10	15	10	10
Alle	100	100	100	100	100	100	100	100

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.

\* Geringe Fallzahlen.

a) Bundestagswahl.

b) In Brandenburg unter Sonstige.

<b>Tabelle 3: Die Wähler<sup>a)</sup> der Parteien, die Nichtwähler und die Unentschiedenen nach der Links-Rechts-Selbsteinstufung in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>								
	Berlin				Brandenburg			
	Links	M/L	M/R	Rechts	Links	M/L	M/R	Rechts
CDU	7	41	38	14	13	56	19	12
SPD	31	59	8	2	26	63	9	2
FDP	9	68	20	3	x	x	x	x
B90/G	44	49	6	*1	x	x	x	x
PDS	73	22	4	*1	55	33	9	*3
Sonstige	*25	42	*25	*8	11	51	27	11
Nichtw.	23	64	8	*5	12	82	*5	*1
Unent.	22	60	10	8	18	68	10	*4
Alle Bef.	30	51	14	5	24	59	12	5

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.

\* Geringe Fallzahlen.

X Keine Angabe möglich.

a) Bundestagswahl.

M/L Mitte/Links.

MR Mitte/Rechts.

## Demokratie I: Befürwortung der Idee der Demokratie

Wir befassen uns zunächst mit dem Problem, inwieweit die Demokratie als allgemeines normatives Prinzip anerkannt wird. Dazu haben wir folgende Frage gestellt:

*Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Nehmen Sie dazu bitte die folgende Skala. Sind Sie...*

- sehr für die Idee der Demokratie [= dafür],
- ziemlich für die Idee der Demokratie [= dafür],
- etwas für die Idee der Demokratie [= teils-teils],
- etwas gegen die Idee der Demokratie [= teils-teils],
- ziemlich gegen die Idee der Demokratie [= dagegen],
- sehr gegen die Idee der Demokratie [= dagegen],
- weiß nicht, keine Antwort.

77 Prozent der wahlberechtigten Bewohner der Region befürworten die Idee der Demokratie, in Berlin sind es 84 Prozent, in Brandenburg 69 Prozent (Tabelle 4). Auch hier besteht eine große Varianz zwischen den vier Untersuchungsgebieten. Die Spannweite beträgt 21 Punkte und reicht von 65 Prozent (ÄER) bis 86 Prozent (Berlin-West). Im ehemaligen Osten macht die Spannweite 17 Punkte aus, in Brandenburg 12 und in Berlin 4. Daraus folgt, dass es sich bei den Unterschieden in der Region **nicht um einen Ost-West-Gegensatz sondern um einen Gegensatz zwischen Berlin und Brandenburg** handelt, wobei die Berliner in ihrer Haltung zur Idee der Demokratie homogener sind als die Brandenburger.

**Am wenigsten stößt die Idee der Demokratie bei Jugendlichen auf Resonanz.** Von den 14-17-jährigen Berlinern sind 60 Prozent dafür, von der entsprechenden Altersgruppe in Brandenburg sogar nur 56 Prozent.

<b>Tabelle 4: Die Haltung der Befragten zur Idee der Demokratie in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (%)</b>			
	Dafür	Teils-teils	Dagegen
Region insgesamt	77	21	2
Berlin	84	14	2
Berlin-West	86	12	2
Berlin-Ost	82	16	2
Brandenburg	69	29	2
Engerer Verflechtungsraum	77	22	1
Äußerer Entwicklungsraum	65	33	2

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906.  
Datenquelle: forsa.

Vergleicht man die Wähler der Parteien nach ihrer Befürwortung der Demokratie (Tabelle 5), dann stehen in Berlin und Brandenburg die sonstigen Parteien mit je 90 Prozent an der Spitze. Das liegt daran, dass zu dieser Gruppe (wegen geringer Fallzahlen) auch die Bündnisgrünen und die FDP zählen, deren Wähler besonders demokratisch eingestellt sind.

In Berlin kommt die PDS mit 89 Prozent an zweiter Stelle. Die Wähler der märkischen PDS heißen die Idee der Demokratie jedoch nur zu 68 Prozent gut, was eine Differenz von ganzen 21 Prozentpunkten ausmacht.

An dritter Stelle folgt in Berlin mit 88 Prozent die SPD. Die Wähler ihrer Schwesterorganisation in Brandenburg befürworten die Idee der Demokratie zu 73 Prozent, womit sie dort an zweiter Stelle rangieren, aber deutlich hinter die der Berliner Sozialdemokraten zurückfallen (-15 Prozentpunkte).

Die Berliner CDU landet nach den Nichtwählern mit 81 Prozent auf Platz fünf. Die märkische Union liegt mit 71 Prozent Demokratiebefürwortern in ihrem Land an dritter Stelle und zugleich 10 Prozentpunkte hinter der Berliner Union. Am geringsten fällt die Zustimmung zur Demokratie bei den Unentschiedenen und in Brandenburg auch bei den Nichtwählern aus.

<b>Tabelle 5: Die Wähler<sup>a)</sup> der Parteien, die Nichtwähler und die Unentschiedenen nach ihrer Befürwortung der Idee der Demokratie in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Dafür	Teils-teils	Dagegen	Dafür	Teils-teils	Dagegen
CDU	81	13	3	71	25	4
SPD	88	10	2	73	25	2
PDS	89	9	2	68	31	1
Sonstige	90	9	1	90	10	0
Nichtwähler	82	15	3	56	40	4
Unentsch.	68	30	2	54	44	2
Alle Befr.	84	14	2	69	29	2

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Bundestagswahl.

**Fazit: Für die Region Berlin-Brandenburg sind teilweise erhebliche Demokratiedefizite zu konstatieren. Das gilt vor allem für junge Leute und für die Randregionen von Brandenburg.**

## Demokratie II: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik

Neben der Demokratie als allgemeinem normativen Prinzip ist die Frage von Bedeutung, wie die Bürger zur Demokratie in ihrem Staat stehen. Dabei wird zwischen der Demokratie als Verfassungsnorm und der Performanz der Demokratie (wie die Demokratie tatsächlich praktiziert wird) unterschieden. In Umfragen wird dies mit folgendem Instrument gemessen:

*Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit...*

- sehr zufrieden,
- eher zufrieden,
- eher unzufrieden,
- sehr unzufrieden,
- weiß nicht, keine Antwort.

*Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit...*

- sehr zufrieden,
- eher zufrieden,
- eher unzufrieden,
- sehr unzufrieden,
- weiß nicht, keine Antwort.

Daraus haben wir drei Gruppen gebildet:

**Zufriedene** sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie zufrieden.

**Politikverdrossene** sind zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie zufrieden, mit ihrem tatsächlichen Funktionieren jedoch unzufrieden.

**Demokratieverdrossene** sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie und mit ihrem Funktionieren unzufrieden.

(Eine sehr kleine Gruppe von Befragten ist mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, nicht aber mit ihren verfassungsmäßigen Grundlagen. Sie wurde den Politikverdrossenen zugerechnet.)

In Berlin sind derzeit nur 37 Prozent der Befragten mit der Demokratie zufrieden, in Brandenburg sogar nur 26 Prozent (Tabelle 6). Dabei liegt ein klarer **Ost-West-Gegensatz** vor: Während der Anteil der Zufriedenen in West-Berlin 43 Prozent ausmacht, beträgt er in Ost-Berlin heute 29 Prozent, im ÄER 27 Prozent und im EVR 24 Prozent. Am homogensten ist die Mentalität der Brandenburger, mit geringem Abstand gefolgt von den Befragten in den ehemaligen Gebieten der DDR. In Berlin ist der Konsens am geringsten.

Bei den Politikverdrossenen ist weder ein Ost-West- noch ein Berlin-Brandenburg-Unterschied erkennbar. Dieser Gruppe sind durchgängig rund 40 Prozent der Wahlberechtigten in der Region zuzurechnen.

Die gegenwärtige Verteilung der demokratieverdrossenen Befragten lässt einen **Ost-West-Gegensatz und einen Gegensatz zwischen Berlin und Brandenburg** erkennen: Die Prozentpunktdifferenz zwischen Berlin und Brandenburg ist genauso groß wie die zwischen den ehemaligen

DDR-Gebieten und West-Berlin, nämlich 16. Die Spannweite zwischen den vier Untersuchungsgebieten ist mit 21 Prozentpunkten sehr groß. Sie reicht von 16 Prozent (West-Berlin) bis 37 Prozent (ÄER).

**Die Entwicklung zwischen 2000 und 2002 signalisiert insgesamt einen leicht positiven Trend.** Der Anteil der Zufriedenen hat (bis auf den EVR) etwas zugenommen (im ÄER sogar fast um ein Drittel), und die Demokratieverdrossenheit ist (wiederum bis auf den EVR) geringfügig zurückgegangen.

<b>Tabelle 6: Demokratiezufriedenheit in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 2000 und 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
Zufrieden						
2000	35	41	25	22	27	20
2002	37	43	29	26	24	27
Politikverdrossen						
2000	39	35	43	36	39	35
2002	41	39	43	36	40	34
Demokratieverdrossen						
2000	23	20	27	37	30	41
2002	20	16	26	36	33	37

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.  
 EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).  
 ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).  
 Zu 100% fehlende Werte: Weiß nicht/k.A.

Bei der Demokratiezufriedenheit der **Wähler** (Tabelle 7) ragen wieder einmal die sonstigen Parteien hervor (Berlin: 49%, Brandenburg: 34%), also vor allem die Bündnisgrünen und die FDP, die mit den bestehenden Verhältnissen vergleichsweise zufrieden sind. In Berlin sind das gleichermaßen die Wähler der SPD (49%), gefolgt von denen der CDU (38%).

Unter den Wählern der Berliner PDS befinden sich gerade einmal 21 Prozent Zufriedene, dafür aber 53 Prozent Politikverdrossene und 26 Prozent Demokratieverdrossene. **Die Postkommunisten mobilisieren offenbar besonders erfolgreich Personen, die mit der Demokratie unzufrieden sind.** Da sich auch unter den Berliner Nichtwählern und Unentschiedenen viele Unzufriedene finden, könnte hier ein Rekrutierungsfeld für die PDS liegen. Dies gilt entsprechend für Brandenburg, wo die PDS-Wählerschaft sogar nur aus 17 Prozent Zufriedenen, dafür aus 43 Prozent Demokratieverdrossenen besteht.

In Brandenburg verzeichnen SPD und CDU jeweils grosso modo 30 Prozent Zufriedene, 40 Prozent Politikverdrossene und 30 Prozent Demokratieverdrossene.

<b>Tabelle 7: Die Wähler<sup>a)</sup> der Parteien, die Nichtwähler und die Unentschiedenen nach Demokratiezufriedenheit in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Zufrieden	Politikverdr.	Demoverdr.	Zufrieden	Politikverdr.	Demoverdr.
CDU	38	45	17	28	43	29
SPD	49	37	14	29	37	34
PDS	21	53	26	17	40	43
Sonstige	49	35	16	34	39	27
Nichtwähler	14	43	43	24	21	55
Unentsch.	31	40	29	23	32	45
Alle Befr.	38	41	21	26	37	37

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Bundestagswahl.

**Fazit: Mussten wir schon bei der Anerkennung der Demokratie als allgemeinem normativem Prinzip erhebliche Defizite feststellen, so gilt das erst recht für die Beurteilung der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist und wie sie tatsächlich funktioniert. Norm und Realität (Performanz) finden vor allem in Brandenburg, aber auch in Ost-Berlin wenig Beifall. Hier macht sich teilweise ein deutlicher Ost-West-Gegensatz bemerkbar.**

**Allerdings sollten die Befunde auch nicht überdramatisiert werden. Erstens ist seit 2000 eine leichte Verbesserung der Situation festzustellen, und zweitens darf Demokratieverdrossenheit nicht umstandslos mit Demokratiefeindschaft gleichgesetzt werden.**

## Die Beurteilung der Gesellschaftsordnung

Neben der Demokratiezufriedenheit gilt die Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung als wichtiger Indikator für die Integration der Bürger. Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung haben wir mit folgender Frage gemessen:

*Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im großen und ganzen eher gerecht oder eher ungerecht zu?*

In Berlin halten die Gesellschaftsordnung derzeit 28 Prozent der Befragten für gerecht und 48 Prozent für ungerecht (Tabelle 8). In Brandenburg fällt das Urteil noch krasser aus: 14 Prozent urteilen "gerecht" und 65 Prozent "ungerecht". Wenn nur die Unzufriedenen betrachtet werden, dann antworten die Brandenburger heute am einheitlichsten (3 Prozentpunkte Differenz), in beiden Stadthälften Berlins ist der Abstand wesentlich größer (11 Prozentpunkte) und in den ehemaligen Gebieten der DDR beträgt er sogar 12 Prozentpunkte. Der Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg fällt mit 17 Punkten genauso hoch aus wie der Ost-West-Gegensatz. Auch hier haben wir es - wie schon bei der Demokratieverdrossenheit - mit einem **Konflikt zwischen beiden Ländern und zugleich mit einem Ost-West-Konflikt** zu tun. Das liegt daran, dass die **Ost-Berliner eine Position zwischen den West-Berlinern und den Brandenburgern** einnehmen.

Tabelle 8: Beurteilung der Gesellschaftsordnung in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 1997 und 2002 (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
Eher gerecht						
1997	17	18	13	*	*	*
2002	28	34	20	14	15	14
Eher ungerecht						
1997	52	51	55	*	*	*
2002	48	43	54	65	63	66
Teils-teils						
1997	30	30	29	*	*	*
2002	24	22	25	21	22	20

Wahlberechtigte Bevölkerung, März 1997: n=993, März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

Zu 100% fehlende Werte: Weiß nicht/k.A.

\* Keine Angabe verfügbar.

Angaben über Veränderungen im Zeitverlauf liegen nur für Berlin vor, und zwar für die Jahre 1997 und 2002 mit eindeutigem Trend (Tabelle 8): **Die Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung ist enorm gestiegen.** In West-Berlin hat sie sich nahezu verdoppelt, in Ost-Berlin ist sie um mehr als die Hälfte gewachsen.

Tabelle 9 berichtet die Zufriedenheit der Wähler mit der Gesellschaftsordnung. Bezogen auf den jeweiligen Landesdurchschnitt ("alle Befragten") sind die **Wähler von CDU und SPD in beiden Ländern besonders zufrieden**, in Berlin auch die der sonstigen Parteien (FDP und B90/G!). Die **PDS ist wiederum** (wie schon bei der Demokratiezufriedenheit) **die Partei der Unzufriedenen.** Auch unter den Nichtwählern und den Unentschiedenen ist der Anteil von Kritikern der Gesellschaftsordnung sehr hoch.

<b>Tabelle 9: Die Wähler<sup>a)</sup> der Parteien, die Nichtwähler und die Unentschiedenen nach ihrer Beurteilung der Gesellschaftsordnung in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Gerecht	Teils-teils	Ungerecht	Gerecht	Teils-teils	Ungerecht
CDU	35	24	41	20	23	57
SPD	34	27	39	17	18	65
PDS	9	29	62	6	21	73
Sonstige	39	18	43	12	22	66
Nichtwähler	12	15	73	7	14	79
Unentsch.	24	22	54	11	27	62
Alle Befr.	28	24	48	14	21	65

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Bundestagswahl.

**Fazit: Mit der bestehenden Gesellschaftsordnung sind noch weniger Bürger zufrieden als mit dem Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Zwar ist die Unzufriedenheit in Brandenburg besonders groß, aber auch in Berlin künden die Befragungsergebnisse von erheblicher Frustration. Allerdings hat die Zufriedenheit der Hauptstädter in den letzten Jahren deutlich zugenommen.**

**Die PDS profitiert besonders von der Unzufriedenheit mit der Demokratie und mit der Gesellschaftsordnung.**

## Traditionalistischer Sozialismus

Der Zustand der gesellschaftlichen Integration hängt auch von den systemkritischen Potenzialen von links und rechts ab. Um herauszufinden, inwieweit in der Region überkommene linke Denkmuster eine Rolle spielen, haben wir die Skala "Traditionalistischer Sozialismus" gebildet. Damit sollen Einstellungen gemessen werden, die der Mentalität der Anhänger von Parteien wie der SED, der SEW oder der DKP, also der Verfechter des seinerzeitigen "real existierenden Sozialismus" entsprechen. Die Skala erfasst keine anarchistischen Einstellungen (die sich vom traditionalistischen Sozialismus stark unterscheiden) und steht daher auch nicht für linksextremes Denken (das vermutlich als geschlossenes Einstellungsmuster überhaupt nicht existiert).

Die Skala besteht aus folgenden Statements:

- *Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.*
- *Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.*
- *Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.*
- *Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistischen Staat.*
- *Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.*
- *Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben, wie die Unternehmer.*

Die Instruktion der Interviewer lautete:

*Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, die unterschiedliche Personen in Voruntersuchungen über ihr Verhältnis zum politischen Geschehen getroffen haben. Uns interessiert Ihre persönliche Meinung zu diesen Aussagen. Bitte bewerten Sie diese Aussagen auf einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet "stimmt überhaupt nicht", und 7 bedeutet "stimmt völlig". Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.*

Die Spannweite der Skala reicht von 6 bis 42, das arithmetische Mittel beträgt 24. Zum traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzial werden alle Befragten gerechnet, die auf der Skala einen Wert zwischen 25 und 42 (einschließlich) erreichen. Für Tabellen haben wir weiterhin folgende Kategorien gebildet: "schwach" (6-14), "mittel" (15-24) und "stark" (25-42, i.e. Potenzial).

In Berlin bekennen sich 16 Prozent, in Brandenburg 29 Prozent der Befragten zum traditionalistischen Sozialismus (Tabelle 10). Über die vier Untersuchungsgebiete streut dieses Einstellungsmuster von 12 Prozent (Berlin-West) bis 30 Prozent (ÄER). Dabei erweisen sich die Brandenburger als besonders homogen (3 Prozentpunkte Differenz), während sich die Auffassungen zwischen West- und Ost-Berlin stärker unterscheiden (11 Prozentpunkte Differenz). Am größten ist die Distanz zwischen West und Ost (14 Prozentpunkte), die zwischen beiden Ländern beträgt 13 Prozentpunkte. Wiederum haben wir es **zugleich mit einem Ost-West-Gegensatz und mit einem Berlin-Brandenburg-Gegensatz** zu tun, weil auch in diesem Fall die **Ost-Berliner eine Mittelstellung** zwischen den West-Berlinern und den Brandenburgern einnehmen.

Wenn alt-linke systemkritische Orientierungen tatsächlich Desintegration signalisieren (wie wir annehmen), dann sind die Brandenburger im ÄER an geringsten integriert, es folgen die Bewohner des EVR, die Ost-Berliner und schließlich die West-Berliner, die vergleichsweise stark integriert sind.

<b>Tabelle 10: Das traditionalistisch-sozialistische Einstellungspotenzial in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (%)</b>	
Region insgesamt	22
Berlin	16
Berlin-West	12
Berlin-Ost	23
Brandenburg	29
Engerer Verflechtungsraum	27
Äußerer Entwicklungsraum	30

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906.  
Datenquelle: forsa.

<b>Tabelle 11: Die Wahlabsicht<sup>a)</sup> des traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzials in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>		
	Berlin	Brandenburg
CDU	5	16
SPD	32	39
PDS	28	20
Sonstige Parteien	13	3
Nichtwähler	6	8
Unentschiedene	16	14

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906.  
Datenquelle: forsa.  
a) Bundestagswahl.

Nun betrachten wir nur die Befragten, die stark traditionssozialistisch eingestellt sind, und fragen nach ihrer Wahlabsicht (wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären; Tabelle 11). In Berlin optieren jeweils rund 30 Prozent für SPD (32%) und PDS (28%), in Brandenburg stößt die SPD bei dieser Gruppe dagegen auf doppelt so viel Resonanz wie die PDS (39% zu 20%). Der Berliner CDU wollen nur 5 Prozent der Traditionssozialisten ihre Stimme geben, der märkischen CDU immerhin 16 Prozent. **Unsere Ausgangsvermutung, dass sich dieses Potenzial in erster Linie an der PDS orientiert, hat sich also nicht bestätigt.**

**Fazit: Das mit der Skala "Traditionalistischer Sozialismus" beschriebene antikapitalistische, antiimperialistische und antifaschistische Denkmuster findet sich in der Region Berlin-Brandenburg bei mehr als einem Fünftel der wahlberechtigten Bürger. Dieses systemkritische Potenzial findet sich nicht nur in den Untersuchungsgebieten, die früher zur DDR gehörten, sondern auch - wenn auch in vergleichsweise bescheidenem Ausmaß - in West-Berlin. Und es bildet auch keineswegs die Hausmacht der PDS, sondern kommt allen linken Parteien zugute, in erster Linie der SPD, erst dann der PDS und schließlich sogar den Bündnisgrünen.**

## Rechtsextremismus

Zur Messung von rechtsextremen Einstellungen verwenden wir seit langem eine Skala, die sich in vielen Umfragen als zuverlässig und valide erwiesen hat. Sie besteht aus folgenden Statements:

- *Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.*
- *Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.*
- *Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.*
- *Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.*
- *Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.*
- *Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.*

Die Instruktion entspricht der beim traditionalistischen Sozialismus (Seite 17).

Die Spannweite der Skala reicht von 6 bis 40 (das theoretische Maximum beträgt 42), das arithmetische Mittel muss (um Vergleichbarkeit mit früheren Untersuchungen zu gewährleisten) auf 24 festgelegt werden. Zum rechtsextremen Einstellungspotenzial werden alle Befragten gerechnet, die auf der Skala einen Wert zwischen 25 und 40 (einschließlich) erreichen.

In der diesjährigen Umfrage beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Berlin 10 Prozent, in Brandenburg fast das Zweieinhalbfache, nämlich 24 Prozent. In den vier Untersuchungsgebieten streuen die Anteile zwischen 8 Prozent (West-Berlin) und 27 Prozent (ÄER). In Berlin beträgt der Unterschied zwischen beiden Stadtteilen 4 Prozentpunkte, in Brandenburg zwischen dem EVR und dem ÄER 8 Prozentpunkte. Da die Ost-West-Differenz (11 Prozentpunkte) die zwischen beiden Ländern (12 Prozentpunkte) auch nicht übertrifft, haben wir es in diesem Fall mit einem **Berlin-Brandenburg-Konflikt** zu tun.

Seit 1998 hat sich das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Berlin-West um ein Drittel vermindert (von 12% auf 8%), in Berlin-Ost ist es um 1 Prozentpunkt gewachsen (von 11% auf 12%), wobei allerdings die Fehlertoleranz von Umfragen berücksichtigt werden muss. In den Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs ist zwischen 2000 und 2002 ein Rückgang von 2 Prozentpunkten (von 21% auf 19%), in der märkischen Peripherie dagegen ein Zuwachs von 5 Prozentpunkten (von 22% auf 27%) zu konstatieren.

In Berlin konzentrieren sich die Parteipräferenzen der Rechtsextremen (Tabelle 13) auf die CDU (32%), gefolgt von der SPD (19%) und der PDS, die immerhin 14 Prozent der Rechtsextremen in Berlin und 13 Prozent in Brandenburg bei einer Bundestagswahl wählen wollen. In Brandenburg orientieren sich 35 Prozent der rechtsaußen Wähler an der SPD, der CDU wollen nur 21 Prozent ihre Stimme geben. **Damit bestätigt sich ein Mal mehr, dass sich das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Wahlen hauptsächlich an den etablierten Parteien orientiert. Und auch nicht neu ist die Einsicht, dass PDS-Wähler keineswegs immun gegen Rechtsextremismus sind.**

<b>Tabelle 12: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 1998, 2000 und 2002 (%)</b>						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
1998	11	12	11	19	*	*
2000	12	11	12	21	21	22
2002	10	8	12	24	19	27

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 1998: n=3186, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.  
Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

\* Keine Angabe verfügbar.

<b>Tabelle 13: Die Wahlabsicht<sup>a)</sup> des rechtsextremen Einstellungspotenzials in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>		
	Berlin	Brandenburg
CDU	32	21
SPD	19	35
PDS	14	13
Sonstige Parteien	6	7
Nichtwähler	11	6
Unentschiedene	18	18

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

a) Bundestagswahl.

Die rechtsextremen Parteien DVU, NPD und Republikaner erzielen bei der "Sonntagsfrage" keine messbaren Ergebnisse. Um die Größe der Sympathisantenschar dieser Parteien und der "Schill-Partei" (die wir nicht zu den rechtsextremen Parteien zählen) zu schätzen, haben wir uns der Frage nach der Wahlbereitschaft (siehe dazu Seite 5) bedient.

Als Sympathisanten der rechtsextremen Parteien können 7 Prozent der Berliner und 6 Prozent der Brandenburger angesehen werden (Tabelle 14). **Dass das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Brandenburg etwa zweieinhalb Mal so groß ist wie in Berlin, schlägt sich also nicht in der Verteilung der Sympathien für rechtsextreme Parteien nieder.** Im EVR verfügen die rechtsextremen Parteien sogar mehr als doppelt so viel Zuspruch wie im ÄER, obwohl dort rechtsextreme Einstellungen häufiger anzutreffen sind als in den Berlin-nahen Gebieten Brandenburgs.

Das gilt entsprechend für die "**Schill-Partei**", die in Berlin ebenfalls über mehr Sympathisanten verfügt als in Brandenburg (11% zu 9%). Ihre Wahlchancen dürften in der Region im Prinzip besser sein als die der rechtsextremen Parteien. Allerdings liefert unsere Umfrage keinen Hinweis darauf, dass ein nennenswerter Teil der Befragten gegenwärtig beabsichtigt, die Rechtsextremen oder die "Schill-Partei" tatsächlich auch zu wählen.

<b>Tabelle 14: Die Wahlbereitschaft für DVU, NPD, REP (Rex) und für die "Schill-Partei" (PRO) in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (%)</b>		
	Rex	PRO
Region insgesamt	6	10
Berlin	7	11
Berlin-West	6	12
Berlin-Ost	7	9
Brandenburg	6	9
Engerer Verflechtungsraum	9	10
Äußerer Entwicklungsraum	4	9

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906.  
Datenquelle: forsa.

**Fazit: Das rechtsgerichtete systemkritische Potenzial verteilt sich in der Region ähnlich wie der traditionalistische Sozialismus: Es wird von Berlin-West über Berlin-Ost und den EVR bis hin zum ÄER immer stärker. In dieser Reihenfolge nehmen auch die Befürworter der Idee der Demokratie ab, wächst die Demokratieverdrossenheit und die Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung. Was für Demokratieverdrossenheit gilt, sollte auch bei den systemkritischen Einstellungen von links und rechts bedacht werden: Eine vorschnelle Qualifizierung dieser Orientierungen als verfassungsfeindlich verbietet sich. Wir werden dieses Problem gleich noch einmal aufgreifen.**

## Traditionalistischer Sozialismus und Rechtsextremismus im Vergleich

Weitere Analysen, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden können, haben ergeben, dass statistische Zusammenhänge (Korrelationen) zwischen der Rechtsextremismus-Skala und der Skala "Traditionalistischer Sozialismus" mit den Variablen bestehen, die Unzufriedenheit messen. **Sogar die Rechtsextremismus-Skala korreliert (wenn auch nur schwach) mit der Sozialismus-Skala** ( $r = .261$ ). Das bedeutet, dass zwischen beiden Einstellungsmustern gewisse Übereinstimmungen bestehen. Dies nehmen wir zum Anlass, um an einigen Beispielen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen beiden Einstellungsmustern zu suchen.

In Tabelle 15 dienen sozialstrukturelle Variablen als Vergleichsmaßstab. Die fett gesetzten Zahlen bedeutet, dass die Werte in den beiden Spalten in Bezug auf den Spaltendurchschnitt ("Alle Befragten") überdurchschnittlich ausfallen.

Rechtsextremismus tritt gleichermaßen bei Männern und Frauen auf. Beim traditionalistischen Sozialismus ist jedoch ein deutlicher Unterschied zu erkennen: 20 Prozent der Männer, aber 29 Prozent der Frauen weisen traditionssozialistische Einstellungen auf. Der Frauenanteil liegt also um 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt (24%) und übertrifft damit den Männeranteil um das Andert-halb-fache. **Mit anderen Worten: Frauen neigen deutlich stärker als Männer zum traditionalistischen Sozialismus.**

Die **14-17-jährigen** sind überdurchschnittlich für Rechtsextremismus und erst recht für Sozialismus anfällig. Sage und schreibe 52 Prozent von ihnen befürworten traditionalistischen Sozialismus. Weiterhin neigen **Arbeitslose** und **einfache Arbeiter** besonders zu beiden Einstellungsmustern, **Facharbeiter** nur zum Rechtsextremismus. Beide Einstellungsmuster blühen vor allem bei Personen, die der **Unterschicht** zuzurechnen sind.

Mit Tabelle 16 überprüfen wir, wie Rechtsextremismus und traditionalistischer Sozialismus mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung zusammenhängen.

Dass Personen eher über ein rechtsextremales Weltbild verfügen, die sich rechts oder in der rechten Mitte verorten, ist wenig überraschend. In Berlin erweisen sich allerdings 4 Prozent, in Brandenburg sogar 14 Prozent der Linken als rechtsextrem. Und von den Befragten, die sich der linken Mitte zurechnen, verfügen in Berlin 9 Prozent und in Brandenburg 24 Prozent über rechtsextremales Orientierungen.

Noch erstaunlicher fallen die Ergebnisse beim traditionalistischen Sozialismus aus: In Berlin bekennen sich 20 Prozent, in Brandenburg sogar 30 Prozent der sich selbst als rechts bezeichnenden Befragten zum Sozialismus. Von den Linken tun das in Berlin 29 Prozent und in Brandenburg 36 Prozent. **Das bedeutet, dass die Linke zwar stärker zum traditionalistischen Sozialismus tendiert als die Rechte. Aber traditionalistischer Sozialismus stellt nicht das prägende Merkmal der Befragten dar, die sich links einstufen. Und: Traditionalistischer Sozialismus genießt auch bei der Rechten ziemlich hohes Ansehen.**

Das wird noch deutlicher, wenn wir nicht die (wahlberechtigten) Befragten betrachten, die sich als rechts bezeichnen, sondern die, die dem rechtsextremales Einstellungspotenzial zuzurechnen sind (ohne Tabelle). Davon verfügen in der Region insgesamt 41 Prozent über eine traditionssozialistische Mentalität, in Berlin sind es 25 Prozent und in Brandenburg 49 Prozent.

Umgekehrt beträgt der Anteil der Rechtsextremales am traditionssozialistischen Einstellungspotenzial in der Region 30 Prozent, in Berlin 14 Prozent und in Brandenburg 58 Prozent.

Die Schnittmenge zwischen Rechtsextremismus und traditionalistischem Sozialismus ist allerdings nicht sehr groß. Der Anteil der wahlberechtigten Befragten, die sowohl dem rechtsextremen als auch dem sozialistischen Einstellungspotenzial zuzurechnen sind, beträgt insgesamt 7 Prozent, in Berlin sind es 2 Prozent, in Brandenburg immerhin 12 Prozent.

**Die Verknüpfung von rechter und linker Systemkritik wurde in dieser Deutlichkeit empirisch bislang noch nicht festgestellt. Sie ist in Brandenburg wesentlich stärker ausgeprägt als in Berlin und im Ostteil der Stadt stärker als im Westteil. Dieses Phänomen hängt eng damit zusammen, dass Rechtsextremismus und traditionalistischer Sozialismus weithin Unterschichtphänomene darstellen und besonders bei den Befragten zu beobachten sind, die zukunfts pessimistisch sind, ihren Status bedroht sehen oder sich als Modernisierungs- bzw. Einigungsverlierer betrachten.**

Dass über die Hälfte der Rechtsextremen und der Traditionssozialisten die Idee der Demokratie befürworten, ergibt sich aus Tabelle 17. Unter ersteren tun das 55 Prozent, unter letzteren sogar 67 Prozent. Dies unterstreicht die bereits getroffene Feststellung, dass Rechtsextremen und Traditionssozialisten nicht pauschal Demokratiefeindschaft unterstellt werden darf. Mit der Demokratie als Verfassungsnorm der Bundesrepublik sind allerdings nur jeweils ein Fünftel beider Gruppen zufrieden, und als demokratieverdrossen erweisen sich 43 Prozent der Traditionssozialisten und 48 Prozent der Rechtsextremen. Beide haben mithin ein sehr gestörtes Verhältnis zur Demokratie. **Insofern erscheint es durchaus gerechtfertigt, rechtsextreme und traditionalistisch-sozialistische Einstellungen als mehr oder weniger stark gegen die Demokratie gerichtet zu bezeichnen.**

Abschließend werfen wir noch einen Blick auf den Anteil von Rechtsextremen und Traditionssozialisten an der Wählern der Parteien (Tabelle 18). Bei der CDU versammeln sich in Berlin und Brandenburg überdurchschnittlich viele Rechtsextreme, die PDS zieht in beiden Ländern überdurchschnittlich viele Traditionssozialisten an. Dies gilt auch für die Bündnisgrünen in Berlin-West. Unter den Unentschiedenen befinden sich in Berlin 35 Prozent und in Brandenburg sogar 53 Prozent Systemkritiker von links oder rechts.

<b>Tabelle 15: Das rechtsextreme (Rex) und das traditionistisch-sozialistische Einstellungspotenzial (TradSoz) bei ausgewählten sozialen Gruppen in der Region Berlin-Brandenburg 2002 (%)</b>		
	Rex	TradSoz
Männer	16	20
Frauen	17	<b>29</b>
14-17 Jahre	<b>20</b>	<b>52</b>
18-24	17	<b>28</b>
25-34	11	21
35-44	15	19
45-54	16	22
55-64	<b>19</b>	23
65-74	17	24
75-	<b>27</b>	21
Arbeitslose	<b>21</b>	<b>32</b>
Einfache Arbeiter	<b>24</b>	<b>36</b>
Facharbeiter	<b>28</b>	24
Einfache Angestellte	12	21
Verantwortliche Angestellte	10	16
Beamte	*2	14
Selbständige	12	6
Nichterwerbspersonen	17	<b>27</b>
Darunter: Rentner	<b>22</b>	25
Niedrige Bildung	<b>24</b>	25
Mittlere Bildung	16	21
Hohe Bildung	4	19
Niedriges Einkommen	<b>22</b>	<b>29</b>
Mittleres Einkommen	18	22
Hohes Einkommen	8	16
Unterschicht	<b>24</b>	<b>28</b>
Mittelschicht	14	20
Oberschicht	6	15
Alle Befragten	17	24

Bevölkerung ab 14 Jahre; März/April 2002, n=1995; Datenquelle: forsa.  
 Fett: Überdurchschnittliche Werte (über 10%). \* Geringe Fallzahlen.

<b>Tabelle 16: Der Anteil des rechtsextremen (Rex) und des traditionalistisch-sozialistischen (TradSoz) Einstellungspotenzials an den Befragten, die sich selbst links, mitte-links, mitte-rechts und rechts einstufen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)</b>				
	Rex		TradSoz	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Links	4	14	29	36
Mitte-Links	9	24	11	26
Mitte-Rechts	15	34	6	27
Rechts	33	44	20	30
Alle Befragten	10	24	16	29

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906. Datenquelle: forsa.

<b>Tabelle 17: Gemäßigter Sozialismus (GemSoz), Traditionalistischer Sozialismus (TradSoz) und Rechtsextremismus (Rex) nach der Haltung zur Idee der Demokratie und nach Demokratiezufriedenheit in der Region Berlin-Brandenburg 2002 (%)</b>			
		TradSoz	Rex
Idee der Demokratie			
Dafür		67	55
Teils-teils		30	41
Dagegen		3	4
Demokratiezufriedenheit			
Zufrieden		19	19
Politikverdrossen		38	33
Demokratieverdrossen		43	48

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906. Datenquelle: forsa.

**Tabelle 18: Der Anteil des rechtsextremen (Rex) und des traditionalistisch-sozialistischen (TradSoz) Einstellungspotenzials an den Wählern<sup>a)</sup>, den Nichtwählern und Unentschiedenen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)**

	Berlin		Brandenburg	
	Rex	TradSoz	Rex	TradSoz
CDU	18	4	26	24
SPD	6	16	22	28
[B90/G <sup>b)</sup>	x	19	x	x]
PDS	10	34	24	43
Sonstige Parteien	3	14	25	11
Nichtwähler	13	13	20	32
Unentschiedene	13	22	32	32
Alle Befragten	10	16	24	29

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002: n=1906. Datenquelle: forsa.

X Keine Angabe möglich.

a) Bundestagswahl.

b) Wegen geringer Fallzahlen wurden FDP und B90/G unter "Sonstige" subsummiert. Da für die Berliner Grünen eine Angabe bezüglich des traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzials möglich ist, wurde der Wert (19%) hier gewissermaßen nachrichtlich mitgeteilt. Die entsprechende Prozentangabe für die Berliner sonstigen Parteien (14%) bezieht sich auch auf B90/G.

## Bilanz

Die Bevölkerung der Region Berlin-Brandenburg ist mit der politischen und der wirtschaftlich-sozialen Ordnung sehr unzufrieden. Aus dieser Unzufriedenheit erwachsen erhebliche systemkritische Potenziale von links und rechts. Betrachtet man Unzufriedenheit und Systemkritik als Anzeichen für Desintegration, dann muss die Gesellschaft noch erhebliche Integrationsleistungen erbringen.

Unzufriedenheit und Systemkritik verteilen sich nicht gleichmäßig über die Region. Teilweise machen sich deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern bemerkbar, teilweise auch zwischen West-Berlin und den Gebieten, die früher zur DDR gehörten. Allerdings scheint es nicht gerechtfertigt, durchgängig von einem Berlin-Brandenburg-Konflikt oder gar von einem Ost-West-Konflikt zu sprechen. Bei den meisten grundlegenden politischen Einstellungen, die hier untersucht wurden, stellte sich ein Integrationsgefälle heraus, das von West-Berlin (relativ hohe Integration) über Ost-Berlin und den Berlin-nahen EVR bis zum ÄER Brandenburgs (relativ geringe Integration) reicht. In dieser Rangfolge wachsen Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Gesellschaftsordnung sowie traditionalistisch-sozialistisches und rechtsextremes Denken.

Die Vermutung, dass sich in der Region eine typische Berliner Mentalität und eine typische brandenburger Mentalität gegenüber stehen, dass die Bürger jedes Landes über ein spezielles politisches Bewusstsein verfügen, kann mit unseren Daten nicht bestätigt werden. Zumeist nehmen die Ost-Berliner nämlich eine Mittelstellung zwischen West-Berlinern und Brandenburgern ein.

Dennoch scheinen Zweifel angebracht zu sein, ob in der Region die mentalen Integrationsvoraussetzungen für eine staatliche Einheit bereits jetzt gegeben sind. Die Zweifel beziehen sich weniger auf Unterschiede zwischen beiden Ländern als auf die Situation in Brandenburg, wo zwischen dem EVR und dem ÄER noch erhebliche Differenzen bestehen. Dass die Brandenburger in den Berlin-fernen Gemeinden die Länderfusion besonders skeptisch betrachten, dürfte auch daran liegen, dass sie relativ schwach integriert sind und sich weithin als abgekoppelt betrachten. Jedenfalls bedarf die Frage einer gründlichen Prüfung, ob eine Länderehe das Zusammenwachsen der beiden Gebiete Brandenburgs eher behindert oder eher befördert.